

► **Gesundheit:** Seit Jahren gewünscht, nun bald Realität – mit der eCard kann der Arzt Patienten vor unverträglichen Arzneien schützen

Medikamente à la carte

VON CHRISTIAN BÖHMNER

Montagmorgen, Frau Huber sitzt in der Ordination ihres Hausarztes und kramt in der Handtasche. Die ältere Dame leidet seit Tagen unter Sodbrennen. Der Arzt hat ihr einen „Magenschutz“ verschrieben, und weil er wissen will, welche Medikamente Frau Huber abgesehen davon so einnimmt, sucht die Patientin nach dem Schmerzmittel, dass ihr der Orthopäde verschrieben hat.

Frau Huber findet die Packung zwar nicht, dafür taucht ein Magenschutz eines anderen Herstellers auf, den tags zuvor der Orthopäde verschrieben hat: Ein Protompenpumpenhemmer vom Orthopäden, ein anderer vom Hausarzt – das ist einer zu viel und nur per Zufall konnte der Hausarzt die Doppelverschreibung verhindern.

Fälle wie jenen von Frau Huber gibt es täglich vermutlich Tausende – immerhin erledigen Österreichs niedergelassene Ärzte am Tag rund 342.000 Patientenkontakte.

Durchbruch Diese gleichnamigen Kospisjellen wie riskanten Mängel in der medizinischen Kommunikation könnten bald ein Ende haben. Denn wie dem KURIER bestätigt worden ist, haben sich in Wien die vier relevanten Kräfte – Ärzte- und Apothekerkammer, Krankenkasse und auch der Spitalsverband – auf ein Pilotprojekt geeinigt, das ein bemerkenswertes Ziel hat: Alle Medikamente und Präparate, die ein Patient verschrieben bekommt, sollen zentral erfasst und für die Ärzte abrufbar gemacht werden.

Morgen, Mittwoch, sollen im Vorstand des Hauptverbandes der Sozialversicherungssträger erste Beschlüsse gefasst werden, um das Projekt auf Schiene zu stellen; im Idealfall könnten erste Feldversuche in Wien und in Tirol bereits im Herbst starten.

Aus Sicht der Patienten wäre eine elektronische Vernetzung der Arzneimittel-Daten über die eCard („eMedikation“), ein gewaltiger Schritt zu mehr Qualität, befindet Gesundheitsökonom Ernest Pichlbauer im KURIER-Gespräch. „Der Arzt kann sich die Befragung, welche Medikamente der Patient von Kollegen verschrieben bekommen hat, sparen und trotzdem ausschließen, dass Präparate



Karte und Präparate: Per eCard soll der Medikamentenkonsum zentral erfasst werden. So soll die Sicherheit steigen

DEUTSCH, FOTOLIA; KURIER-MONTAGE: KARNER

enthalten – entgegen der landläufigen Meinung – fast gar keine Daten. Auf der grünen Plastikkarte, die in Österreich rund 8,2 Millionen Menschen (98,8 Prozent der Bevölkerung) besitzen, sind lediglich Name, Geburtsdatum und Sozialversicherungsnummer gespeichert. Die eCard funktioniert primär als Schlüssel, mit dem Ärzte auf eine zentrale Datenbank zugreifen.

eCard: Was die grüne Plastik-Karte alles kann

Funktionsweise Der Chip auf der eCard enthält – entgegen der landläufigen Meinung – fast gar keine Daten. Auf der grünen Plastikkarte, die in Österreich rund 8,2 Millionen Menschen (98,8 Prozent der Bevölkerung) besitzen, sind lediglich Name, Geburtsdatum und Sozialversicherungsnummer gespeichert. Die eCard funktioniert primär als Schlüssel, mit dem Ärzte auf eine zentrale Datenbank zugreifen.

Technische Möglichkeiten Mit der eCard können Ärzte sofort sehen, ob jemand sozialversichert ist. Auch Krankmeldungen können per eCard erledigt werden. Laut Hauptverband der Sozialversicherungssträger sind seit Anfang Mai mehr als 14.000 Krankmeldungen elektronisch erfolgt. Zusätzlich kann die eCard als Bürgerkarte aktiviert werden. Behördenwege und Wahlen (ÖH-Wahl) sind von zu Hause aus möglich.

Spareffekt Abgesehen von den medizinischen Argumenten sprechen auch ökonomische Gründe für das Pilot-Projekt. Denn Medikamente, die doppelt verschrieben werden, verursachen Kosten. Seröse Zahlen, wie viel dadurch gespart wird, existieren nicht. Die Apothekerkammer hat 2008 in Salzburg ein Pilotprojekt mit 9000 Patienten durchgeführt. Das Ergebnis: Bei jedem Patienten konnten im Schnitt pro Jahr drei kontraktproduktive Verschreibungen verhindert werden. Die geschätzte Ersparnis beim Salzburg-Test: 1,3 Millionen Euro.

Wirkungsweise beeinflussen. „Das spart Zeit – die andersgenutzt werden kann. Und es schafft Sicherheit – weil einander beeinflussende Arzneien nicht verschrieben werden. Derzeit können niedergelassene Ärzte nur von den Patienten selbst bzw. über Hilfsmittel wie etwa die Entlassungsbrieife der Spitäler erfahren, welche Medikamente der Sozialversicherungssystem wä-

In einem vernetzten System wären nicht nur alle Präparate von Spital und niedergelassenen Standeskollegen (Fachärzte, Hausärzte, Zahnärzte), sondern auch die rezeptfreien Präparate der Apotheken enthalten. Der Grund dafür: Landläufig als „harmlos“ geltende Präparate wie Aspirin können die Funktion von Medikamenten nachhaltig beeinflussen.

Spareffekt Abgesehen von den medizinischen Argumenten sprechen auch ökonomische Gründe für das Pilot-Projekt. Denn Medikamente, die doppelt verschrieben werden, verursachen Kosten. Seröse Zahlen, wie viel dadurch gespart wird, existieren nicht. Die Apothekerkammer hat 2008 in Salzburg ein Pilotprojekt mit 9000 Patienten durchgeführt. Das Ergebnis: Bei jedem Patienten konnten im Schnitt pro Jahr drei kontraktproduktive Verschreibungen verhindert werden. Die geschätzte Ersparnis beim Salzburg-Test: 1,3 Millionen Euro.

► **Interview**
Ärzte-Sprecher: „Datenschutz ist oberstes Prinzip“

Johannes Steinhart, Vize-Präsident der Wiener Ärztekammer, über das neue eMedikation-Projekt.

KURIER: Herr Dr. Steinhart, bei der Debatte um „aut idem“ (Ärzte verschreiben nur noch Wirkstoffe, Apotheker suchen Medikamente aus. Anm.) haben die Ärzte zuletzt blockiert. Dem Wiener Pilotprojekt zur eMedikation stimmt man plötzlich zu. Warum?

Johannes Steinhart: Bei „aut idem“ wäre auf Kosten der Qualität gespart worden. Patienten hätten das Billigste, nicht unbedingt das Beste bekommen. Und der Arzt hätte die Kontrolle über die Behandlung verloren. Das Wiener Pilotprojekt lässt die Kontrolle in der Ordination.



REINHARD VOGEL

Was bringt das Modell den Patienten?
Steinhart: Besser vernetzen

Wann wird es gestartet?
Es kann eine bessere Vernetzung zwischen Spital und niedergelassenen Ärzten bringen. Und es wird sofort klar, welche Medikamente verschrieben wurden – und ob es Unverträglichkeiten geben kann. Wir können rasch starten. Was fehlt, ist das Go vom Hauptverband.

Hat dann jeder Spitalsbedienstete Einsicht in meine Kranken-Akte?
Natürlich nicht. Die Kontrolle bleibt beim Arzt, oberstes Prinzip ist der Datenschutz. Da kann keiner reinschauen. Das gilt auch gegenüber Arbeitgebern, die gern mehr über potenzielle Mitarbeiter wüssten.

EU-Imagepolitik scheitert an Bundesländern

VON DANIELA KITTNER

ausgegeben wird. Zu solchen EU-geförderter Projekte sind grundsätzlich Ko-Finanzierungen, das heißt, zusätzlich zu den EU-Geldern müssen auch nationale Förderungen fließen. Damit will die EU bewirken, dass Geld sinnvoll

und vieles mehr. EU-Vorschrift ist, dass von der EU-ko-finanzierte Projekte als solche ausgeschrieben werden müssen. Die heimische Politik kommt der Vorschrift zwar nach, aber gerade so weit, wie sie eben muss. Das sieht dann so aus wie auf dem Foto – ein EU-Finanzierungshinweis unter der Stoppfahle vor einer Bau-



Die heimische Politik kommt der Vorschrift zwar nach, aber gerade so weit, wie sie eben muss. Das sieht dann so aus wie auf dem Foto – ein EU-Finanzierungshinweis unter der Stoppfahle vor einer Bau-

schul-Cluster in Garchitz, ein Öko-Bau-Cluster in Niederösterreich; bessere Logistik für den Off-Verkehr für die Region Salzburg-Bayern; der Ausbau eines Laserzentrums für die Tiroler Gebirgs-

ihrem Koalitionsvertrag auf Seite 228 festgelegt: „EU-Förderungen sind in Zukunft klarer und verständlicher auszuschildern.“ Dazu sollte ein eigenes Logo entwickelt werden, auf dem deutlich die EU-Sterne und das Wappen des jeweiligen Bundeslands erkennbar gewesen wären. Diesen Punkt ihres Koalitionsvertrags wollte die Regierung am 9. Mai im Ministerrat verabschieden. Doch das Kanzleramt strich ihn von der Tagesordnung. Der Grund: Es hatte eine Sitzung mit den Bundesländern gegeben, „und die

Die EU-Wahl vertritt das Publikum. Im Durchschnitt sehen sich rund 150.000 Personen die ORF-Pressesunde an. **Andreas Mölzer** (FPÖ) und **Ulrike Lunacek** (G) besuchten dem ORF einen Minusstreckend von 56.000 bzw. 59.000 Sehem (Tabelle).
Zum Ausgleich sorgten deren Parteichefs für die heuer bisher meistgesehene Pressesunden: **HC Strache** lockte 227.000, **Eva**

EU-Pressesunden

Schwerzahlen	
Ewald Stadler (BZÖ)	117.000
Andreas Mölzer (FPÖ)	56.000
Ulrike Lunacek (Grüne)	59.000
Hans-Peter Martin (Martin)	90.000
Ernst Strasser (NFP)	77.000



ZIEL 2 "KREUZLEHN"
DIESES PROJEKT WIRD VON DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION MITTUNDELENDIG FINANZIERT. VON DER NÖL-REGIERUNG UND DEN LANDESPRESDIREKTEN

Alleenthalen wird über die laue Einstellung der Österreicher zur EU geträstelt. Die Gründe dafür kann man an einem Musterfall studieren, der sich gerade in der heimischen Innenpolitik abspielt. Die EU finanziert alljährlich in Österreich eine Vielzahl von Projekten. Pro Jahr fließen aus dem Kohäsionsfonds etwa 200 Millionen € in heimische Regionen, insgesamt sind es in der EU-

„Die Landeshauptleute wollen sich selbst mit den Federn schmücken“, heißt es verärgert von Bundesseite. Die Länder streiten das gar nicht ab. Einer ihrer Vertreter: „Wir streichen lieber unsere eigenen Leistungen hervor.“

Die EU-Wahl vertritt das Publikum. Im Durchschnitt sehen sich rund 150.000 Personen die ORF-Pressesunde an. **Andreas Mölzer** (FPÖ) und **Ulrike Lunacek** (G) besuchten dem ORF einen Minusstreckend von 56.000 bzw. 59.000 Sehem (Tabelle).
Zum Ausgleich sorgten deren Parteichefs für die heuer bisher meistgesehene Pressesunden: **HC Strache** lockte 227.000, **Eva**